

PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 16. SEPTEMBER 2021



LEBEN MIT DEM VIRUS: MIT AUGENMASS ZWISCHEN SCHUTZ UND FREIHEIT

Die Bürgerschaft hat heute erneut über den Umgang mit dem Coronavirus debattiert. Bürgermeister Andreas Bovenschulte kündigte in einer Regierungserklärung an, dass künftig die Zahl der Corona-Patienten in den regionalen Krankenhäusern die maßgebliche Grundlage für weitere Maßnahmen sein soll. Zudem kündigte er dazu einen mehrstufigen Reaktionsplan an. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör, bezeichnete dies in seiner Rede als einen Paradigmenwechsel hin zu einem Leben mit dem Virus in Gemeinschaft und Gesellschaft. Und er betonte: „Mit den neuen Corona-Regelungen des Landes gehen wir in der Koalition unseren Weg des Augenmaßes und des Ausgleichs zwischen notwendigem Schutz und nicht minder notwendiger Freiheit weiter.“

„Seit über eineinhalb Jahren befinden wir uns in einem gesellschaftlichen Ausnahmezustand, dessen Ende erhofft wird, aber alles andere als sicher ist“, so Güngör zu Beginn seiner Rede. „Wir merken alle, dass sich ein sozialer und existenzieller Strukturwandel vollzieht. Eine wirklich lange Zeit liegt hinter uns, die allen Menschen in unserem Land viel abverlangt hat. Die Folgen auch der psychischen Belastungen werden immer deutlicher sichtbar – und insbesondere unsere Kinder und Jugendlichen haben viele Einschränkungen ihrer Entwicklung hinnehmen müssen – trotz erfolgreicher Hilfestellungen. Mit jeder neuen Corona-Regelung müssen wir uns daher immer fragen, welchen Beitrag sie zum Schutz des physischen Lebens, aber auch zur Ermöglichung einer psychosozialen guten Entwicklung der Kinder und Jugendlichen – und auch aller anderen Menschen – in Bremen und Bremerhaven leisten kann.“

Der nun angekündigte mehrstufige Reaktionsplan sei in diesem Sinne eine gute Kombination aus Schutz der Gesundheit und der Vermeidung von allzu rigorosen Eingriffen und Vorschriften. Das Modell wäge sensibel und detailliert ab, um einerseits vor Risiken zu schützen und andererseits Chancen zu eröffnen. Güngör: „Diese Corona-Regelungen stehen ohne Zweifel in der Kontinuität ihrer Vorgänger: Zwischen Vorsicht und Zuversicht, zwischen Einschränkungen und Lockerungen, zwischen Sicherheit und Freiheit – und das Ganze immer sensibel abgewogen, wie es der bewährte Bremer Weg ist.“

Die aktuelle Ausrichtung sei aber eben auch eine Zäsur. „Wir vollziehen heute einen gewissen Paradigmenwechsel: weg von einer Fokussierung auf den allzeit drohenden Lockdown, hin zu einem Leben mit dem Virus in Gemeinschaft und Gesellschaft“, erklärte Güngör. Und dies sei auch richtig so, denn ein entscheidender Schlüssel habe das Tor zu mehr Freiheit geöffnet: das Impfen. Güngör freute sich darüber, dass Bremen mit einer Quote von mehr als 72 Prozent vollständig Geimpfter nach wie vor deutschlandweiter Spitzenreiter sei. Ziel müsse es aber sein, weiter für das Impfen zu werben und weitere



Menschen zu überzeugen. „Wir wollen eine konzertierte Aktion in unseren Stadtteilen, indem wir jeweils alle Kräfte vor Ort bündeln – und die Menschen dort direkt aufsuchen und motivieren, sich impfen zu lassen. Wir wollen einen Haustürwahlkampf fürs Impfen“, sagte Güngör. Zudem müssten Pädagog:innen aus Schulen und Kitas die Möglichkeit zu einer dritten Impfung zur Auffrischung erhalten.

Güngör plädierte dafür, die Diskussion um weitere Maßnahmen mehr aus der Perspektive der Geimpften zu führen und weniger aus Sicht derjenigen, sich nicht haben impfen lassen, obwohl sie dies könnten. In diesem Kontext sprach er sich auch dafür aus, die Forderung der Bremer Gastro-Gemeinschaft aufzunehmen und Gastronomen die Wahl zu ermöglichen, ob sie nach dem 2G- oder nach dem 3G-Modell öffnen. Auch deshalb sei es wichtig, weiter auf Aufklärung und niedrigschwellige Angebote zu setzen und möglichst alle Menschen von einer Impfung zu überzeugen, die sich impfen lassen können. Diese Impfung diene nicht nur dem eigenen Schutz, sondern auch dem derjenigen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen könnten – und den Schwächsten in der Gesellschaft: den Kindern unter zwölf Jahren.

Für Kinder und Jugendliche seien die Einschnitte der vergangenen eineinhalb Jahre von großer Tragweite gewesen. Die Folgen dieser Einschnitte würden sich erst in den kommenden Jahren zeigen, sagte Güngör. „Von daher ist es richtig und notwendig, dass die Vorgaben in den Schulen und Kitas

weiterhin den Geist der Ermöglichung eines bio-psycho-sozialen Wohlergehens unserer Kinder atmen. Und deshalb gilt: Wir wollen Präsenzunterricht an unseren Schulen so viel wie irgend möglich; jetzt und – wenn möglich – das gesamte Schuljahr. Und wir wollen so wenig wie möglich Kinder in Quarantäne schicken, um soziale Isolierung und deren gesundheitliche Folgen zu vermeiden.“ Auch für Kitas seien die Quarantäneregelungen daher angepasst worden. Güngör wies auch auf die Ausstattung der Klassenräume mit mobilen Luftfiltern und ein Impfangebot für alle Kinder ab zwölf Jahren ab der kommenden Woche hin und betonte: „Für uns ist völlig klar: Wir müssen die besonders Verletzlichen in unserer Gesellschaft auch weiterhin bestmöglich behüten. Und deshalb sind wir umsichtig und weitsichtig – im Interesse unserer Kinder.“

„Mit den neuen Corona-Regelungen des Landes gehen wir in der Koalition unseren Weg des Augenmaßes und des Ausgleichs zwischen notwendigem Schutz und nicht minder notwendiger Freiheit weiter. Es liegt nun an uns allen, mit dem aufgezeigten Blickwinkel auf die Pandemie verantwortungsvoll und vertrauenswürdig umzugehen. Denn sie ist nicht vorbei. Im Gegenteil: Die Ansteckungszahlen bleiben hoch. Und weitere Mutationen wird es mutmaßlich geben. Und deshalb: Wir müssen lernen, mit dem Virus zu leben – und zwar dauerhaft!“, sagt Güngör abschließend und appellierte an alle Bremer:innen: „Lassen Sie sich impfen, so noch nicht geschehen. Für Ihre Lieben – und für sich selbst!“

ANTRAG **LASTENAUSGLEICH FÜR KRISENKOSTEN UND KLIMASCHUTZ**



Die Corona-Pandemie hat enorme finanzielle Folgen. Um die massiven Steuerausfälle aufzufangen und Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft und zum Erhalt von Arbeitsplätzen auf den Weg zu bringen, wurden in Bund und Ländern Kredite in großem Umfang aufgenommen. Wer soll diese Kosten tragen? Die rot-grün-rote Koalition ist überzeugt: Es sind vor allem die starken Schultern, die hier in die Verantwortung genommen werden müssen. In einem Antrag, den die Bürgerschaft heute beschlossen hat, fordert sie den Senat daher auf, im Bundesrat eine Initiative für einen Lastenausgleich auf den Weg zu bringen. Vorbereitet werden soll dies mit einer Expert:innenanhörung insbesondere zu den Themen Vermögenssteuer, Vermögensabgabe, Exzess-Gewinnsteuer sowie der angemessenen Beteiligung von Großunternehmen mit Sitz im Ausland.



Arno Gottschalk

„Im vergangenen Jahr hat die Bundesrepublik Deutschland den zweitschwersten wirtschaftlichen Einbruch ihrer Geschichte erlitten“, erklärte der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk,

in seiner Rede. „Dass dieser Einbruch nicht noch größer wurde, dass er sich nicht zu einer massiven gesellschaftlichen Krise ausgeweitet hat – das verdankt sich nur einem Umstand: Es wurden nicht die Fehler der Weltwirtschaftskrise von 1930 wiederholt, es wurde nicht der Krise hinterher gespurt und es wurde damit nicht die Abwärtsspirale noch zusätzlich befeuert.“ Stattdessen seien in Bund und Ländern die Ausnahmeregeln zur Schuldenbremse genutzt worden. Gottschalk: „Diese Politik war richtig und sie war erfolgreich – auch wenn damit längst nicht alle Härten vermieden werden konnten.“

Allein beim Bund beliefen sich die krisenbedingten Kreditaufnahmen im vergangenen und in diesem Jahr auf mehr als 350 Milliarden Euro, hinzu kämen rund 100 Milliarden Euro an Kreditermächtigungen, die die Länder 2020 beschlossen hätten, führte der Sozialdemokrat aus. „Die große Frage ist daher: Wer genau soll die Zeche zahlen? Sollen die millionen- und

milliardenschweren Tilgungsbeträge aus den übrigen staatlichen Ausgaben herausgespart werden? Dann wird das zu Lasten der öffentlichen Infrastrukturen, zu Lasten der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge, zu Lasten des Klimaschutzes und vor allem: zu Lasten der unteren Einkommensschichten gehen. Denn sie sind in besonderem Maße auf einen vorsorgenden und unterstützenden Staat angewiesen! Oder sollen die Lasten in erster Linie von den starken Schultern getragen werden? Von den Reichen und Superreichen – und zugespitzt: von dem einen Prozent der Bevölkerung, das allein rund 30 Prozent des gesamten Vermögens in Deutschland besitzt – und das im Zuge der Krise vielfach nicht ärmer, sondern noch reicher geworden ist!“

Für Gottschalk ist die Antwort klar: „Wenn wir kein wirtschaftspolitisches Eigentor schießen wollen, wenn wir nicht wollen, dass die Schere zwischen Arm und Superreich in diesem Land noch größer wird, wenn wir nicht wollen, dass der soziale Zusammenhalt noch mehr unter Druck gerät und dem rechten Populismus noch mehr der Boden bereitet wird – dann kann es nur eine Antwort geben: Jetzt ist die Zeit, in der die stärksten Schultern auch am meisten tragen müssen!“ Steuerliche Entlastungen dürfe es daher nur für die mittleren und unteren Einkommen geben. Der Solidaritätszuschlag für die oberen zehn Prozent müsse erhalten bleiben oder in die Progression der Einkommenssteuer eingearbeitet werden. Steuerschlupflöcher

müssten geschlossen und eine transnationale Mindestbesteuerung eingeführt werden.

„Notwendig ist aber insbesondere auch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Reform der Erbschaftssteuer. In beiden Fällen handelt es sich um eine skandalöse Schonung gerade der größten Vermögen und der Hyperreichen in unserem Lande! Damit muss Schluss sein!“, forderte Gottschalk. „Angesichts der großen Schere bei den Vermögen einerseits und den hohen Belastungen der öffentlichen Haushalte durch die Corona-Krise andererseits bedarf es aber noch mehr: Wir brauchen einen neuerlichen Lastenausgleich, um die Kosten dieser Krise fair zu verteilen und die Haushalte für die überragende Aufgabe des Klimaschutzes zu stärken. Eine solche einmalige Vermögensabgabe ist grundgesetzlich möglich, sie ist historisch nicht neu, sie ist ökonomisch der sinnvollste Weg, um die Einnahmeseite der Haushalte zu stärken und sie ist gesellschaftspolitisch geboten. Deswegen streben wir eine entsprechende Bundesratsinitiative an. Wir wissen aber auch, dass dies kein einfacher Schritt wird. Deswegen wollen wir ihn gründlich vorbereiten und Expert:innen anhören.“

>Antrag: Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand sichern – Große Vermögen an der Bewältigung der Corona-Folgen und des Klimawandels stärker beteiligen – Zukunftsinvestitionen ermöglichen!
http://bit.ly/lastenausgleich_corona

ANTRAG CORONA-NOTHILFE FÜR MINIJOBBER:INNEN!

Die Corona-Pandemie hat die Welt seit nunmehr über eineinhalb Jahren fest im Griff. Insbesondere während der Lock-downs spürten viele Arbeitnehmer:innen die Auswirkungen der Ausnahmesituation. Homeoffice, Kurzarbeit, oder schlimmstenfalls Kündigungen waren an der Tagesordnung.

Insbesondere die beschäftigungsreichsten Branchen für Minijobber:innen – also Dienstleistungsgewerbe, Gastgewerbe und Handel – waren von den Einschränkungen der Pandemie hart getroffen worden, und so sank die Zahl der Minijobber:innen zwischen Juni 2019 und Juni 2020 um zwölf Prozent. 850.000 Minijobber:innen verloren allein in der ersten Infektionswelle bundesweit ihre Arbeit. „Um diesen Menschen Unterstützung zu-



Jasmina Heritani

zusichern, braucht es eine Bundes-Nothilfe für Minijobber:innen, die den vielfältigen Unterstützungsmaßnahmen für Beschäftigte und Unternehmen gleichkommt“,

forderte Jasmina Heritani, Sprecherin für Arbeit der SPD-Fraktion, heute vor der Bremischen Bürgerschaft.

In einem gemeinsamen Antrag fordert die rot-grün-rote-Koalition den Senat nun auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass allen Arbeitnehmer:innen der Schutz durch die Sozialversicherungen ermöglicht wird. Darüber hinaus, so der Antrag, soll die Regierung aufgefordert werden, eine pauschale monatliche Nothilfe für die Minijobber:innen aufzulegen, die seit dem 16. März 2020 ihren Minijob verloren haben und in eine finanzielle Notlage geraten sind. Denn dies sei eine Gruppe, für die in der derzeitigen Krise keine Hilfsmaßnahme greife, so Heritani weiter. „Ich spreche hier von den Familien, die schon vor der Pandemie in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage gelebt haben“, so die Sozialdemokratin, und fährt fort: „In den letzten Monaten habe ich viele Familien in meinem Stadtteil, in Gröpelingen getroffen, die es heute noch schwerer haben als zuvor. Sie müssen von dem Leben, was ihnen noch bleibt – und das reicht meist nicht“. So sei bei benannter Familie der Minijob der Mutter weggebrochen – ein Schicksal, das viele andere Frauen teilten.

„Mehr Frauen als Männer haben ihren Minijob verloren“, stellt Heritani fest. Es bereite ihr Sorge, dass im Jahr 2018 für rund zwei Drittel der Minijobber:innen die gering entlohnte Beschäftigung die einzige Einkommensquelle gewesen sei. „Das ist ein Warnzeichen für uns“, resümiert die Abgeordnete aus Gröpelingen, und fügt hinzu: „Das betrifft besonders Frauen. Wir müssen diese Frauen davor schützen, jahrzehntelang in einem Minijob zu verweilen – und dann am Ende mit einer geringen Rente dazustehen“.

Alle Arbeitnehmer:innen müssten die Möglichkeit erhalten, Schutz durch das Sozialversicherungssystem zu erhalten und ein gutes Auskommen über Arbeit zu sichern. „Dabei“, so Heritani abschließend, „steht der Bund ebenso wie die Länder in der Pflicht, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um gute und sichere Arbeit zu fördern!“

>Antrag: Corona-Nothilfe für Minijobber:innen bereitstellen, mehr sozialversicherungspflichtige Arbeit ermöglichen https://bit.ly/nothilfe_minijobs

FRAGESTUNDE HÄUSLICHE GEWALT: INKOGNITO-APP FÜR BREMEN?



Häusliche Gewalt spielt sich allzu häufig im Verborgenen ab. Insbesondere in Zeiten häuslicher Isolation während der Pandemie kann es für Betroffene schwerer sein, der Spirale der Gewalt zu entfliehen und Hilfe zu suchen. Eine Unterstützung in dieser Krisensituation kann eine sogenannte ‚Inkognito-App‘ sein.



Antje Grotheer

Diese soll Betroffenen durch

verschiedene Funktionen – beispielsweise einer Art stillem Notruf, einem Tagebuch zur gerichtsfesten Dokumentation von Beweisen oder einem Wegweiser zu Beratungs- und Hilfsstellen – unterstützen. Antje Grotheer, gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, fragte deshalb beim Senat nach: Beabsichtigt der Senat, eine derartige Inkognito-App auch für das Land Bremen auf den Weg zu bringen?

Der Senat befürworte grundsätzlich niedrigschwellige Werkzeuge für die bessere Eindämmung und Ahndung von häuslicher Gewalt, heißt es in der schriftlichen

Antwort des Senats. „Bei erfolgreichem Einsatz der Inkognito-App im Pilotprojekt in Niedersachsen wird der Senat prüfen, ob und wie eine solche App für das Land Bremen auf den Weg gebracht werden kann“, heißt es in der Antwort weiter. Hierfür biete sich eine Zusammenarbeit mit Niedersachsen an. „Hiervon unabhängig erwägt der Senator für Inneres eine Präventions-App, die Bürger:innen einen unkomplizierten Zugang zu Präventionsangeboten, Beratung und Verhaltenshinweisen in verschiedenen Kriminalitätsbereichen bieten kann. Hier wird auch das Thema häusliche Gewalt aufgegriffen werden“. Eine Notruf-Funktion sei in diesem präventiven Konzept jedoch nicht vorgesehen.

Als Maßnahme der Fortschreibung des Landesprogramms „Istanbul-Konvention umsetzen – Frauen und Kinder vor Gewalt schützen“ sei die Einführung einer derartigen App durch den Senat durchaus denkbar. Die hohen Entwicklungskosten der App seien zudem durch den Bund gefördert, mit geringen technischen Änderungen könne man die App zudem auch über Landesgrenzen hinweg nutzen – aber, so der Senat abschließend: „Die Kosten hierfür sind derzeit nicht abschätzbar“.

FRAGESTUNDE **ILLEGALER WELPENHANDEL** IM LAND BREMEN

Weiches Fell, tupsige Pfoten, große Augen – Welpen, insbesondere Hundewelpen, sorgen oft für Freude. Insbesondere während der Corona-Pandemie stieg die Zahl der vierbeinigen Begleiter erneut – insgesamt befinden sich in Deutschland etwa 9 Millionen Hunde und 14 Millionen Katzen in Haltung. Die Nachfrage ist groß, das Angebot oft dubios. Auf diversen Internetplattformen, aus dem Schutz der Anonymität, bieten Privatverkäufer die Tiere an. Doch diese sind oft illegal nach Deutschland eingeführt worden, sind krank oder verhaltensgestört – ein bestätigter Tollwut-Fall sorgte unlängst in Bremen für Aufsehen. Janina Brünjes, tierschutzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, sowie Ute Reimers-Bruns, SPD-Sprecherin für Verbraucherschutz, fragten deshalb beim Senat nach: Welche Kenntnisse hat der Senat über den illegalen Welpenhandel? Welche Maßnahmen eignen sich im Kampf gegen den Welpenhandel? Und wie hat der Senat in der Diskussion auf Bundesebene agiert?



Janina Brünjes

„Schon seit Jahren hat vor diesem Hintergrund international ein breites Netz an Gruppen den Markt für sich entdeckt und mit der Vermehrung und dem Handel – insbesondere von Hundewel-

pen – ein lukratives Geschäftsmodell aufgebaut“, berichtete die Senatorin für Verbraucherschutz, Claudia Bernhard, für den Senat. Es sei anzunehmen, dass ein erheblicher Teil der Welpen illegal aus zumeist östlichen Ländern und dem Balkan eingeführt würden. „Dabei sind verschiedenste Verstöße gegen tierschutzrechtliche und tierseuchenrechtliche Vorschriften festzustellen“, fuhr Bernhard fort. „Es wird gegen Tierschutztransportvorschriften verstoßen und Tiergesundheitsbescheinigungen, wie zum Beispiel der EU-Heimtierpass, fehlen oder werden gefälscht. Identifikations-Chips fehlen ganz oder können den Papieren nicht zugeordnet werden.“ Letzteres diene eigentlich dem Nachweis einer gültigen Tollwutimpfung und könne – wenn nicht vorhanden – zu erheblichen Gesundheitsgefährdungen von Mensch und Tier führen.

Der Kauf käme oft über ein ‚privates‘ Online-Angebot zustande, da für Privatanbieter keine Registrierungspflicht bestehe. „So ist es für Veterinärbehörden nahezu unmöglich, die Anbietenden zu identifizieren, zu überprüfen und die rechtlichen Bestimmungen sicherzustellen“, resümierte Bernhard. Meist erfolge die Zahlung auch bar, der Käufer erhalte keine Kaufquittung.

Einige Maßnahmen seien als Prävention durchaus sinnvoll, so die Senatorin. So könne die Einführung einer bundesweiten Anbietererkennungspflicht bei

Internet-Tierinseraten, eine Aufstockung entsprechender Stellen auf Bundesebene, eine verstärkte Aufklärungskampagne oder gar ein bundesweites Verbot des Online-Angebots von Tierwelpen unter 6 Monaten von nicht lizenzierten Verkäufern probate Methoden sein, führte Bernhard auf. Repressive Ahndungsmöglichkeiten, beispielsweise nach Tierseuchen- und Tierschutzrecht, seien bereits vorhanden.

Auf Bundesebene stehe der Senat einer Einführung der Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Hunde offen gegenüber. Zudem habe man sich zwei Entschlüssen des Bundesrates angeschlossen, welche illegalen Welpenhandel sowie besagte Kennzeichnungspflicht thematisierte.

Auf Nachfrage der Abgeordneten Brünjes gab die Senatorin im Anschluss noch Einsicht in den Tollwut-Fall, der jüngst in den Schlagzeilen war. So sei die Frage, ob der Welpe aus dem illegalen Welpenhandel stamme, nur schwer zu beantworten. Sicher wisse man jedoch, dass der Hund ohne Nachweis und Papiere eingeführt worden sei. Auf weitere Nachfrage hin betonte die Senatorin erneut die Wichtigkeit einer Informationskampagne auf Bundesebene. Denn der Tollwut-Fall habe sehr deutlich gemacht, dass durchaus ein Gefahrenpotenzial vorhanden sei.

FRAGESTUNDE **AUSBILDUNGSANGEBOTE IN DER ALTENPFLEGE**

Die Pflege muss gestärkt werden – ein Satz, den mit Blick auf die demografische Entwicklung viele unterschreiben können. Doch auch die Pflegeausbildung hatte in der Corona-Pandemie mit diversen Hürden zu kämpfen. Die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer, und die SPD-Sprecherin für Pflege, Ute Reimers-Bruns, nahmen dies zum Anlass, während der Fragestunde des Landtags beim Senat nachzufragen: Wie hat sich die Zahl der Altenpflege-Ausbildungsplätze im Land Bremen entwickelt, auch mit Blick auf Corona? Inwieweit fördert der Senat die Ausbildung sowie die Arbeit der Ausbildungsverbände? Und welche Maßnahmen ergreift der Senat, um dem steigenden Bedarf in der Pflege und in der Pflegehilfe gerecht zu werden?



Birgitt Pfeiffer

Die Zahl der Altenpflege-Azubis sei gestiegen, berichtete Senatorin Claudia Bernhard für den Senat. 2020 hätten 568 Auszubildende gestartet, 2019 seien es 494 gewesen. „Dies entspricht einem

Zuwachs von etwa 15 Prozent“, so die Gesundheitsssenatorin. „Die Corona-Pandemie hat sich somit nicht negativ auf die Zahl der Auszubildenden ausgewirkt“.

An verschiedenen Stellen unterstütze das Gesundheitsressort die Pflege-Ausbildung, sei es durch die Koordination verschiedener Träger, Verbände, Schulen und Arbeitgeberverbände oder durch eine engmaschige Betreuung der Schulen in Zeiten der Pandemie. „Auch die zusätzlichen Bremer Mittel für mobile Endgeräte wurden an die Pflegeschulen ausgegeben“, berichtete Bernhard, zudem werde aktuell an einem Lerncoaching-Angebot gearbeitet, welches die im Vergleich sehr hohen Abbrecherquoten noch einmal senken sollten, wie die Senatorin später auf Nachfrage der Abgeordneten Pfeiffer berichtete. Zudem stärke das Land Bremen die Ausbildungsverbände im Pflegebereich durch die Nutzung von Bundesförderprogrammen: „Diese und weitere von anderen Bundesländern nicht abgerufene Mittel wurden von Bremen vollständig genutzt und dem Förderzweck entsprechend verwendet“, so die Senatorin.

Mithilfe des sich in der Modellphase befindenden Personalbemessungsinstruments

habe man massiven Pflegepersonalbedarf insbesondere in der Pflegehilfe identifiziert, so Claudia Bernhard. „Im Bereich unterhalb der Fachkraftausbildung besteht ein hoher Bedarf“, erläuterte die Senatorin weiter. Dieser könne in Bremen prinzipiell durch die einjährige Altenpflegehilfe, durch die zweijährige generalistisch ausgerichtete Gesundheits- und Krankenpflegehilfe und durch die zweijährige schulische Pflegeassistentenausbildung gedeckt werden. Bis zum Frühjahr 2022 sei geplant, die Altenpflegehilfeausbildung für Sektoren außerhalb der reinen Altenpflege zu öffnen und umzugestalten.

Auf Nachfrage Pfeiffers hin bestätigte die Gesundheitsssenatorin noch einmal, dass die Pflege-Ausbildungsplätze, gemessen am Bedarf, eigentlich verdoppelt, wenn nicht gar verdreifacht werden müssten. Man habe große Hoffnungen in den Gesundheitscampus und wolle Bremen als Standort für die Pflegeausbildung etablieren.



Ute Reimers-Bruns